



ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Absender:

Fraktion Hagen Aktiv im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv
hier: E-Government - Digitalisierungsstrategie

Beratungsfolge:

27.09.2018 Rat der Stadt Hagen

Anfragetext:

1. Ist inzwischen eine Digitalisierungsstrategie erarbeitet worden? Wenn Ja: Wie weit ist diese bereits umgesetzt? Werden beispielsweise Leitlinien im Bereich Open Government festgelegt? Vernetzt sich die Verwaltung mit Verwaltungen auf kommunaler und auf Landesebene? Werden bzw. wurden seitens der Verwaltung Veranstaltungen wie die KOGK (Kommunale Open Government Konferenz) besucht und sind deren Erkenntnisse in die Strategie eingeflossen? Wenn Nein: Wann ist mit der Vorlage einer solchen Strategie zu rechnen?
2. Sind die eingesetzten Ressourcen inzwischen ausgeweitet worden? Was bedeutet das im Einzelnen?
3. Wird seitens der Verwaltung zukünftig weiter unaufgefordert berichtet werden?

Kurzfassung entfällt

Begründung siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen



HAGEN AKTIV
Fraktion im Rat der Stadt Hagen, Rathausstraße 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Rathausstr. 13
58095 Hagen

Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Tel.: 0 23 31 / 207 – 55 28
Fax: 0 23 31 / 207 – 55 30
faktion@fraktion-hagen-aktiv.de
Internet: www.fraktion-hagen-aktiv.de

14. September 2018

Anfrage nach § 5 GeschO: E-Government, hier: Digitalisierungsstrategie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates beantragen wir für die Sitzung des Rates am 27.09.2018 die Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes.

Wir bitten um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist inzwischen eine Digitalisierungsstrategie erarbeitet worden? Wenn Ja: Wie weit ist diese bereits umgesetzt? Werden beispielsweise Leitlinien im Bereich Open Government festgelegt? Vernetzt sich die Verwaltung mit Verwaltungen auf kommunaler und auf Landesebene? Werden bzw. wurden seitens der Verwaltung Veranstaltungen wie die KOGK (Kommunale Open Government Konferenz) besucht und sind deren Erkenntnisse in die Strategie eingeflossen? Wenn Nein: Wann ist mit der Vorlage einer solchen Strategie zu rechnen?
2. Sind die eingesetzten Ressourcen inzwischen ausgeweitet worden? Was bedeutet das im Einzelnen?
3. Wird seitens der Verwaltung zukünftig weiter unaufgefordert berichtet werden?

Begründung:

In der Dezember-Sitzung des Rates 2017 hatte die Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage von Hagen Aktiv (Vorlagennummer 1159/2017) geantwortet, die Einrichtung einer Stabsstelle Digitalisierung sei nicht erforderlich, da die verwaltungsweit notwendigen Aktivitäten zentral gebündelt und koordiniert werden müssten. Hierfür sollten „eingesetzte Ressourcen im ersten Halbjahr 2018“ ausgeweitet werden. Grundlage für die „verwaltungsweite Digitalisierungsoffensive“ sei zudem eine „noch zu erarbeitende Digitalisierungsstrategie“. E-Government ist zukünftig unverzichtbar, um Bürgerinnen und Bürger von vermeidbarem Verwaltungshandeln zu entlasten und das Verwaltungshandeln selbst effizienter zu gestalten. Es muss daher zügig eingeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Josef Bücker
(Fraktionsvorsitzender Hagen Aktiv)

f. d. R.: Karin Nigbur-Martini
(Fraktionsgeschäftsführerin)

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

11

Betreff: Drucksachennummer: 0930/2018
Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv
hier: E-Government - Digitalisierungsstrategie

Beratungsfolge:
27.09.2018 Rat der Stadt Hagen



Zur Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Die Erstellung einer Digitalisierungsstrategie ist Kernaufgabe der im Vorstandsbereich 2 zum 01.10.2018 einzurichtenden „Task Force Digitalisierung“. Dementsprechende Aussagen hierzu wurden im Rahmen der Beratung der Vorlage 0853/2018 „Einrichtung einer Task Force Digitalisierung im VB 2“ im Betriebsausschuss HABIT vom 20.09.2018 durch die Verwaltung gemacht.

Gleichwohl wurden in der Vergangenheit bereits Netzwerke auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, – insbesondere – durch den Besuch einschlägiger Fachtagungen und Kongresse aufgebaut. Exemplarisch sind hier u.a. der Fachkongress „Digitaler Staat“, die MEMO-Tagung, das ÖV-Symposium und der Kongress e-NRW zu nennen.

Die „Task Force Digitalisierung“ wird zum 01.10.2018 konstituiert. Unter Berücksichtigung der noch durchzuführenden Stellenbesetzungsverfahren ist mit einer Fertigstellung einer Digitalisierungsstrategie Ende des 2. Quartals 2019 zu rechnen.

2. Die für das Themenfeld „Digitalisierung und E-Government“ eingesetzten Ressourcen werden durch Einrichtung der „Task Force Digitalisierung“ ausgeweitet. Weitere Details zur aufbauorganisatorischen Gliederung sind der o.a. Vorlage 0853/2018 zu entnehmen.
3. Die Verwaltung berichtet auch weiterhin in jeder Sitzung des Betriebsausschusses HABIT über die aktuellen Projekte und Maßnahmen im Bereich Digitalisierung und E-Government.

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister